

## **Beschluss des Landrats vom 10.04.2025**

Nr. 1093

### **10. Ausstiegs- und Abbruchquote an den weiterführenden Schulen** 2024/523; Protokoll: mko

**Jan Kirchmayr** (SP) beantragt Diskussion.

://: Der Diskussion wird stillschweigend stattgegeben.

**Jan Kirchmayr** (SP) bedankt sich für die Beantwortung der Interpellation. Es ist begrüssenswert, dass es nun ein Monitoring gibt, um festzustellen, wie viele Schülerinnen und Schüler aus der FMS, dem Gymnasium und der WMS austreten. Es irritiert jedoch, dass dieses Monitoring erst aufgrund der zahlreichen Vorstösse zum Thema Laufbahnverordnung eingeführt wurde. Es ist wichtig, dass man nicht im Blindflug agiert, sondern genau weiss, wie die Situation aussieht. Die Zahlen sind dabei durchaus aufschlussreich, da sie auf die Abbruchquote an den verschiedenen Schulen hinweisen: 16 % im Gymnasium, 17 % an der FMS und etwa 6 % an der WMS. Wichtig ist, dass auch die austretenden Schülerinnen und Schüler rechtzeitig abgeholt werden. Viele von ihnen, insbesondere jene, die vorher am Gymnasium waren, wählen in solchen Momenten oft den einfacheren Weg und wechseln in andere weiterführende Schulen, anstatt sich der Mühsal einer Lehrstellenbewerbung zu stellen. Dies könnte entweder aus Unwissenheit oder aus Mangel an Bewusstsein darüber resultieren, dass auch der Übergang in eine Lehre eine Option darstellen würde.

Es ist irritierend, dass beim Austritt von Schülerinnen und Schülern lediglich ein Formular ausgefüllt werden muss, in dem sie den Grund für ihren Austritt angeben können. Das ist alles. Dabei können sie das Formular auch unausgefüllt zurückgeben – oder es gar nicht erst entgegennehmen. Das ist ein ungenutztes Potenzial. Aus Sicht des Interpellanten braucht es ein verpflichtendes Case-Management für austretende Schülerinnen und Schüler, um sicherzustellen, dass ihre Wechsel nicht einfach aus Bequemlichkeit geschehen. Es wäre wünschenswert, sich dies genauer anzuschauen. Im Moment kann man sich selbstständig beim Laufbahnzentrum melden und sich beraten lassen, um frühzeitig festzustellen, dass das Gymnasium allenfalls nicht der richtige Weg ist. Aber auch das ist freiwillig. Das einzige Angebot sind die jährlich durchgeführten Standortgespräche an den weiterführenden Schulen. Diese werden aber von Lehrpersonen der Sekundarstufe II durchgeführt, die bei der Berufswahl nicht über dieselbe Expertise verfügen wie Lehrpersonen der Sekundarstufe I. Jan Kirchmayr sieht in diesem Bereich noch Verbesserungspotenzial und bittet den Regierungsrat, diesem nachzugehen und es besser auszuschöpfen, damit die Schülerinnen und Schüler gezielt am geeigneten Ort installiert werden können, wenn sie die weiterführenden Schulen verlassen.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---